## Ansprache des Parlamentspräsidenten Karl-Heinz Lambertz anlässlich des Beginns der neuen Sitzungsperiode 2020-2021

(Eupen, den 17. September 2020)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Start in die neue Sitzungsperiode des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ein günstiger Augenblick, um eine Standortsbestimmung vorzunehmen und in die Zukunft zu blicken. Vor welchen Herausforderungen stehen wir? Wogegen und wofür müssen wir kämpfen? Wie müssen wir uns aufstellen, um erfolgreich Zukunftsgestaltung zu betreiben? Und was bedeutet das ganz konkret für die politische Arbeit in Ostbelgien?

Zweifellos wird auch in den kommenden Monaten die Corona-Epidemie unser Leben und Handeln entscheidend beeinflussen. Aber wir sollten nicht zulassen, dass sie uns komplett vereinnahmt. Es gibt ein Leben mit und zweifellos auch ein Leben nach Corona.

Der vom Parlament eingesetzte Sonderausschuss wird das Geschehen seit Ausbruch der Epidemie analysieren, die geleistete Arbeit und die ergriffenen Maßnahmen kritisch hinterfragen sowie Empfehlungen ausarbeiten, wie wir uns für zukünftige Herausforderungen dieser Art besser aufstellen und wie wir die Folgen der Krise möglichst wirkungsvoll bewältigen können.

Die Arbeit dieses Sonderausschusses findet parallel zu den Tätigkeiten der vier ständigen Ausschüsse des Parlamentes statt, auf die ebenfalls ein reichhaltiges Arbeitsprogramm für die Sitzungsperiode 2020-2021 wartet. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Handeln unserer Gemeinschaft in Bildungs-, Beschäftigungs-, Sozial- und Kulturangelegenheiten müssen an die aktuelle Situation angepasst und weiterentwickelt werden. In den neuen Zuständigkeiten für Raumordnung, Wohnungswesen und Energiepolitik sind auf Ostbelgien maßgeschneiderte Regeln auszuarbeiten.

Eine ganz besondere große Herausforderung bildet die Finanz- und Haushaltspolitik. Zu Recht hat die Regierung zahlreiche Hilfsmaßnahmen für die von der Corona-Epidemie betroffenen Sektoren sowie ein ambitioniertes Investitionsprogramm für die kommenden Jahre ausgearbeitet. Die zur Finanzierung dieser Initiativen notwendige Verschuldung muss jedoch verkraftbar bleiben und darf zukünftige Haushalte nicht über Maßen belasten. Über die Modalitäten dieses finanzpolitischen Spagats wird im Parlament sicherlich kontrovers diskutiert werden. Das gehört zur Demokratie und ist gut so, darf aber am Ende des Tages die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft nicht beschädigen.

Die anstehende Regierungsbildung auf föderaler Ebene wird mit großer Wahrscheinlichkeit zur Folge haben, dass in den kommenden Monaten und Jahren intensiv über die Weiterentwicklung des belgischen Bundesstaatsmodells zu diskutieren ist. Da muss die DG hellhörig werden und aufpassen, dass ihre Interessen nicht ins Hintertreffen geraten oder unter den Tisch fallen. Das Belgien zu Viert mit der DG als gleichberechtigter Gliedstaat findet immer häufiger Erwähnung und wird von vielen bereits als selbstverständlich vorausgesetzt.

Genau zum richtigen Zeitpunkt liegen mittlerweile die ersten Ergebnisse des Bürgerdialogs vor. Trotz Corona ist es der durch Los bestimmten Bürgerversammlung gelungen, konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation im Pflegesektor auf den Tisch zu legen. Diese gilt es nun gemeinsam mit der Regierung in den zuständigen Ausschüssen des Parlamentes zu beraten und umzusetzen. Davon hängt letztlich die Glaubwürdigkeit des ständigen Bürgerdialogs ab, den das Parlament Anfang 2019 beschlossen hat und für den es bisher bereits viel Vorschusslorbeeren gab.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie Sie feststellen können, wartet in den kommenden Wochen und Monaten eine Menge Arbeit auf das Parlament. Den Verlauf dieser Arbeit können Sie in der Presse

und in den sozialen Medien verfolgen. Sie können sich aber auch jederzeit direkt an das Parlament wenden und dort ihre Anliegen in Form einer Petition vortragen. Und sicherlich stehen Ihnen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Fraktionen jederzeit gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

Kurze Wege sind ein besonderer Vorteil einer kleinen Region. Nutzen Sie ihn und machen Sie mit. Denn seit eh und je und heute mehr denn je ist die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Mitmachgemeinschaft!

Karl-Heinz Lambertz Parlamentspräsident